

**VEREINBARUNG ZWISCHEN DER ÖSTERREICHISCHEN
BUNDESREGIERUNG, DER REGIERUNG DER REPUBLIK UNGARN UND
DER REGIERUNG DER REPUBLIK SLOWENIEN ÜBER DIE
ZUSAMMENARBEIT IM KOOPERATIONSZENTRUM DOLGA VAS**

Die Österreichische Bundesregierung (in der Folge: die österreichische Vertragspartei), die Regierung der Republik Ungarn (in der Folge: die ungarische Vertragspartei) und die Regierung der Republik Slowenien (in der Folge: die slowenische Vertragspartei)

– alle drei in der Folge als Vertragsparteien bezeichnet – sind,

in der Absicht, die polizeiliche Zusammenarbeit zwischen den benachbarten Staaten zu fördern und weiterzuentwickeln;

unter Berücksichtigung der bestehenden bilateralen Abkommen zwischen den Vertragsparteien über die polizeiliche Zusammenarbeit und die Rückübernahme von Personen an der gemeinsamen Staatsgrenze;

unter Bedachtnahme auf die von den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union angewandten Grundsätze der polizeilichen Zusammenarbeit;

unter Einhaltung der Gesetzgebung der Vertragsparteien;

wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1
Errichtung des Zentrums**

(1) Die slowenische Vertragspartei errichtet in der Republik Slowenien im Gemeindegebiet von Lendava im Bereich der Staatsgrenze zwischen der Republik Ungarn und der Republik Slowenien ein Kooperationszentrum (in der Folge: Zentrum). Das Zentrum befindet sich in den Räumlichkeiten der Grenzpolizeistation Dolga Vas.

(2) Gemäß dieser Vereinbarung umfasst das Zentrum:

- a) die Straße, die von der gemeinsamen Staatsgrenze zur Grenzpolizeistation Dolga Vas führt, zum Zweck der Anreise zum Arbeitsplatz;
- b) festgelegte Arbeitsbereiche in der Grenzpolizeistation Dolga Vas sowie die dazugehörigen Nebenräumlichkeiten;
- c) ausgewiesene Dienstparkplätze.

(3) In diesem Zentrum versehen Beamte der zuständigen Behörden der Republik Österreich, der Republik Ungarn und der Republik Slowenien ihren Dienst.

(4) Das Zentrum ist in den Sprachen der Vertragsparteien zu kennzeichnen und mit den Staatsflaggen und -wappen der Vertragsparteien zu versehen.

(5) Die Betriebszeiten des Zentrums sind einstimmig von den in Artikel 3 genannten zuständigen Behörden festzulegen.

Artikel 2 Aufgaben

Das Zentrum hat die Aufgabe, die Zusammenarbeit der Vertragsparteien zu fördern und zu verbessern, insbesondere durch:

- a) die Förderung der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit auf der Grundlage bestehender bilateraler Polizeikooperationsverträge sowie bilateraler Übereinkommen über die Rückübernahme von Personen an der gemeinsamen Staatsgrenze;
- b) die Unterstützung bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration;
- c) die Zusammenarbeit mit anderen Kooperationszentren, die von den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union errichtet wurden.

Artikel 3 Zuständige Behörden

Die für die Anwendung dieser Vereinbarung zuständigen Behörden sind:

- a) für die Republik Österreich: das Bundesministerium für Inneres, die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit;
- b) für die Republik Ungarn: die Polizei, die Grenzwache, das Amt für Einwanderung und Staatsbürgerschaftswesen;
- c) für die Republik Slowenien: das Ministerium für Inneres, die Polizei, die Direktion der uniformierten Polizei, Sektor Grenzpolizei.

Artikel 4 Umfang der Zusammenarbeit

(1) Die von den österreichischen und ungarischen Vertragsparteien entsandten Beamten sind nicht ermächtigt, selbständig operative Einsätze durchzuführen, sondern übermitteln lediglich Informationen und üben ihre Tätigkeiten ausschließlich auf der Grundlage der ihnen vom Entsendestaat gegebenen Anweisungen aus.

(2) Die im Zentrum tätigen Beamten der Vertragsparteien sind unterstützend und beratend tätig:

- a) bei der Förderung und Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und des Informationsaustausches im grenzüberschreitenden polizeilichen Bereich;
- b) bei gemeinsamen Aktionen zur Bekämpfung der illegalen Migration und damit in Zusammenhang stehenden Verbrechen;
- c) bei der Koordination von gemeinsamen Grenzkontroll- und Überwachungsaufgaben sowie sonstiger Einsätze an der gemeinsamen Grenze beziehungsweise in einzelnen Grenzgebieten, die von der Zusammenarbeit der Vertragsparteien umfasst sind;
- d) beim Informationsaustausch zur präventiven und repressiven Bekämpfung von grenzüberschreitenden Verbrechen;
- e) auf Ersuchen durch gegenseitige Unterstützung bei der Lösung von Problemen im Zusammenhang mit der Durchführung von Rückübernahmeverträgen;
- f) beim Austausch von Informationen in der Zusammenarbeit mit anderen Zentren, die zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union errichtet wurden;
- g) beim Austausch anderer Informationen und in der Erfüllung anderer Aufgaben, die vom Entsendestaat übertragen wurden.

Artikel 5 **Rechtsstatus**

(1) Die im Zentrum tätigen Beamten arbeiten bei der Erfüllung ihrer Tätigkeiten im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten zusammen.

(2) Sie sind befugt, die ihnen von den zuständigen Behörden einer anderen Vertragspartei gestellten Anfragen nach Maßgabe ihres geltenden innerstaatlichen Rechts direkt zu beantworten, ungeachtet des Informationsaustausches über die nationalen Zentralbehörden.

(3) Sie versehen ihren Dienst in den gemeinsamen Räumlichkeiten und beantworten Anfragen von Beamten einer anderen Vertragspartei so rasch wie möglich.

Artikel 6 **Arbeitssprachen**

Die Beamten kommunizieren untereinander in deutscher, ungarischer, slowenischer oder englischer Sprache. Sie sind berechtigt, Anfragen und Antworten in ihrer jeweiligen Sprache zu übermitteln.

Artikel 7

Kosten

- (1) Die slowenische Vertragspartei stellt den anderen Vertragsparteien die zur Dienstausübung im Zentrum erforderlichen Räumlichkeiten unentgeltlich zur Verfügung und trägt sämtliche Betriebskosten, mit Ausnahme der Kosten für die Nutzung der Telekommunikationseinrichtungen.
- (2) Die der ausschließlichen Nutzung durch andere Vertragsparteien dienenden Räumlichkeiten, sind ihnen als solche in einer gesonderten Vereinbarung zuzuweisen.
- (3) Die slowenische Vertragspartei unterstützt bei der Errichtung und dem Betrieb von Telekommunikationseinrichtungen und Datenverarbeitungsanlagen, die von anderen Vertragsparteien beigestellt werden, ebenso wie bei der Herstellung der notwendigen Verbindungen, auch zu lokalen Netzen.
- (4) Zum Zweck der Ausübung der in dieser Vereinbarung festgelegten Tätigkeiten ermöglicht die slowenische Vertragspartei den Experten für Telekommunikation und Datenverarbeitung der anderen Vertragsparteien die Einreise in ihr Staatsgebiet, um Einrichtungen zu installieren und Netzwerkverbindungen zu errichten und Instand zu halten.
- (5) Die von anderen Vertragsparteien in das Zentrum eingebrachten und installierten Anlagen und beweglichen Gegenstände verbleiben in deren Eigentum. Für Importe von Anlagen und Gegenständen, die für die Ausübung der Tätigkeiten des Zentrums benötigt werden, werden weder Zölle noch andere Abgaben eingehoben.

Artikel 8

Arbeitsweise des Zentrums

- (1) Jede der in Artikel 3 angeführten Behörden benennt einen für die Organisation, die Aktivitäten und den Betrieb des Zentrums verantwortlichen Beamten. Die verantwortlichen Beamten treffen sich monatlich, um die Arbeit zu analysieren, Probleme, Mängel und Unregelmäßigkeiten zu beseitigen sowie die weitere Arbeit zu vereinbaren. Über jede Sitzung ist ein Protokoll anzufertigen.
- (2) Vor Aufnahme der Tätigkeit des Zentrums haben die in Artikel 3 genannten Behörden eine Geschäftsordnung sowie andere Vorkehrungen festzulegen, um den einwandfreien Betrieb des Zentrums zu gewährleisten.
- (3) Nach Bestätigung der Geschäftsordnung wird sie für alle Vertragsparteien verbindlich.
- (4) Die Vertreter der in Artikel 3 genannten zuständigen Behörden treffen sich zumindest ein Mal pro Jahr, um Bilanz über die Zusammenarbeit zu ziehen und die Arbeit des Zentrums zu evaluieren.

Artikel 9 **Verhältnis zu anderen Abkommen**

Von den Bestimmungen der vorliegenden Vereinbarung bleiben die von den Vertragsparteien in bilateralen oder multilateralen Vereinbarungen übernommenen Verpflichtungen unberührt.

Artikel 10 **Beilegung von Meinungsverschiedenheiten**

Jede Meinungsverschiedenheit, die sich bei der Auslegung oder Anwendung dieser Vereinbarung ergibt, wird durch Verhandlungen zwischen den Ministerien, die für die Umsetzung dieser Vereinbarung zuständig sind, beigelegt. Gelingt es ihnen nicht, die Meinungsverschiedenheit beizulegen, wird diese auf diplomatischem Weg beigelegt.

Artikel 11 **Verwahrer**

Verwahrer dieser Vereinbarung ist die Regierung der Republik Slowenien.

Artikel 12 **Beitritt**

(1) Diese Vereinbarung steht den Nachbarstaaten der Republik Slowenien zum Beitritt offen. Die Entscheidung über den Beitritt wird von den Vertragsparteien einstimmig getroffen. Mit dem Beitritt wird die geltende Geschäftsordnung, die gemäß Artikel 8 dieser Vereinbarung angenommen wurde, für den beitretenden Staat verbindlich.

(2) Die Beitrittsurkunde wird beim Verwahrer hinterlegt, der den anderen Vertragsparteien die Hinterlegung notifiziert. Für den beitretenden Staat tritt diese Vereinbarung 90 Tage nach Hinterlegung der Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 13 **Schlussbestimmungen**

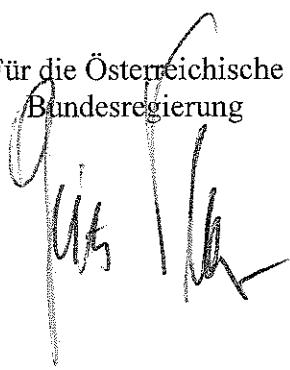
(1) Diese Vereinbarung tritt am Tage der Hinterlegung der letzten formellen Verständigung über die Erfüllung der innerstaatlichen Voraussetzungen oder der letzten Genehmigungs- oder Ratifizierungsurkunde in Kraft. Der Verwahrer notifiziert allen Vertragsparteien das Datum des Inkrafttretens.

(2) Die Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jede Vertragspartei kann diese Vereinbarung durch eine schriftliche Notifikation an den Verwahrer kündigen, der dies den anderen Vertragsparteien unverzüglich mitteilt. Die Kündigung wird hinsichtlich der kündigenden Vertragspartei sechs Monate nach dem Tag, an dem der Verwahrer den anderen Vertragsparteien die Kündigung notifiziert hat, wirksam.

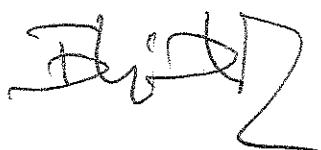
S. Albrecht, 2007

Geschehen zu *Salzburg* am in vier Urschriften, jeweils in deutscher, ungarischer, slowenischer und englischer Sprache, wobei alle Ausfertigungen gleichermaßen verbindlich sind. Jede Vertragspartei erhält eine Originalausfertigung. Eine Originalausfertigung wird beim Verwahrer hinterlegt. Im Falle von Unstimmigkeiten bei der Auslegungen dieser Vereinbarung, geht die englische Version vor.

Für die Österreichische
Bundesregierung



Für die Regierung
der Republik Ungarn



Für die Regierung der
Republik Slowenien



**MEGÁLLAPODÁS AZ OSZTRÁK KÖZTÁRSASÁG KORMÁNYA, A
MAGYAR KÖZTÁRSASÁG KORMÁNYA ÉS A SZLOVÉN KÖZTÁRSASÁG
KORMÁNYA KÖZÖTT DOLGA VASON RENDÉSZETI EGYÜTTMŰKÖDÉSI
KÖZPONT MŰKÖDTETÉSÉRŐL**

Az Osztrák Köztársaság Kormánya (a továbbiakban: osztrák Szerződő Fél), a Magyar Köztársaság Kormánya (a továbbiakban: magyar Szerződő Fél) és a Szlovén Köztársaság Kormánya (a továbbiakban: szlovén Szerződő Fél)

a továbbiakban: Szerződő Felek,

azzal a céllal, hogy elősegítsék és továbbfejlesszék a rendőri együttműködést a szomszédos országok között;

figyelemmel a Szerződő Felek közötti, hatályos kétoldalú rendőri együttműködési szerződésekre, és a személyek államhatáron történő visszafogadásáról szóló szerződésekre,

tekintettel az Európai Unió tagállamai által alkalmazott, rendőri együttműködési alapelvekre,

figyelemmel a Szerződő Felek jogszabályaira;

az alábbiakban állapodtak meg:

**1. cikk
A Központ létesítése**

(1) A szlovén Szerződő Fél a Szlovén Köztársaságban, Lendva (Lendava) önkormányzat területén, a Magyar Köztársaság és a Szlovén Köztársaság közötti államhatár térségében Rendészeti Együttműködési Központot (a továbbiakban: Központ) létesít. A Központ a Dolga Vas-i Határrendőrségi Kirendeltség épületében kerül elhelyezésre.

(2) A jelen Megállapodás alkalmazásában, a Központ működési területe kiterjed:

- a) a közös államhatártól a Dolga Vas-i Határrendőrségi Kirendeltségig vezető útra, a szolgálatba járás céljából;
- b) a Dolga Vas-i Határrendőrségi Kirendeltségen kijelölt szolgálati helyiségre, és az ahhoz tartozó kiegészítő helyiségre;
- c) a kijelölt szolgálati parkolóra.

(3) A Központban az Osztrák Köztársaság, a Magyar Köztársaság és a Szlovén Köztársaság illetékes hatóságainak tiszviselői teljesítenek szolgálatot.

(4) A Központot a Szerződő Felek nyelvein írt táblával, a Szerződő Felek zászlóival és címereivel kell megjelölni.

(5) A Központ nyitvatartási idejét a 3. cikkben meghatározott illetékes hatóságok egyhangúan állapítják meg.

2. cikk **Feladatok**

A Központ feladata a Szerződő Felek közötti együttműködés elősegítése és fejlesztése, különösen:

- a) a Szerződő Felek közötti, hatályos kétoldalú rendőri együttműködési szerződések és a személyek államhatáron történő visszafogadásáról szóló szerződések alapján a határon átnyúló rendőrségi együttműködés elősegítésével;
- b) a közrend és a közbiztonság fenntartásának, valamint a határon átnyúló bűnözés és illegális migráció megelőzésének támogatásával;
- c) a többi, az EU tagállamai között létesített rendészeti együttműködési központokkal való együttműködés által.

3. cikk **Illetékes hatóságok**

A jelen Megállapodás végrehajtására illetékes hatóságok:

- a) az Osztrák Köztársaság részéről: Belügyminisztérium, Közbiztonsági Főigazgatóság;
- b) a Magyar Köztársaság részéről: Rendőrség, Határőrség, Bevándorlási és Állampolgársági Hivatal;
- c) a Szlovén Köztársaság részéről: Belügyminisztérium, Rendőrség, Egyesített Rendőrségi Igazgatóság, Határrendőrségi Részleg.

4. cikk **Együttműködési területek**

(1) Az osztrák és a magyar Szerződő Fél által kiküldött tiszttiselők önálló rendőri intézkedés megtételére nem jogosultak, csak információt szolgáltatnak, és feladatukat kizárolag a kiküldő Szerződő Fél által adott utasítások alapján végzik.

(2) A Szerződő Feleknek a Központban szolgálatot teljesítő tiszttiselői elsősorban támogatás és tanács adása útján működnek együtt:

- a) a határon átnyúló rendészeti területen a határon átnyúló együttműködés és információcsere elősegítésével és megerősítésével;
- b) az illegális migráció és az azt kísérő bűncselekmények elleni közös fellépéssel;
- c) a közös államhatáron, illetve a Szerződő Felek együttműködését érintő saját határterületeken a határellenőrzések és más műveletek közös feladatainak koordinálásával;
- d) a határon átnyúló bűnözés megelőzésével és visszaszorításával kapcsolatos információcserével;
- e) megkeresés alapján, a visszafogadási megállapodások végrehajtása során felmerülő kérdések megoldásában történő segítségnyújtással;
- f) a többi, az EU tagállamai között létesített rendészeti együttműködési központokkal való együttműködéssel kapcsolatos információcserével;
- g) a kiküldő Szerződő Fél által meghatározott egyéb információcserével és más feladatok végrehajtásával.

5. cikk **Jogi státusz**

- (1) A Központban szolgálatot teljesítő tiszviselők tevékenységük ellátása során saját hatáskörükön belül eljárva együttműködnek.
- (2) A tiszviselők jogosultak a másik Szerződő Fél illetékes hatósága által továbbított megkeresések közvetlen megválaszolására, a nemzeti jogszabályaikkal összhangban, nem érintve a nemzeti központi hatóságok közötti információcserét.
- (3) A tiszviselők a szolgálatot közös helyiségben teljesítik, és a lehető legrövidebb időn belül válaszolnak a másik Szerződő Fél tiszviselőinek megkereséseire.
- (4) A 3. cikkben meghatározott illetékes hatóságok kicserélik a Központba kiküldött tiszviselők névsorát, és tájékoztatják egymást minden bekövetkező változásról.

6. cikk **Munkanyelv**

A tiszviselők német, magyar, szlovén vagy angol nyelven kommunikálnak egymással. A megkereséseket és válaszaikat jogosultak a saját nyelvükön továbbítani.

7. cikk
Költségek

(1) A szlovén Szerződő Fél téritésmentesen a többi Szerződő Fél rendelkezésére bocsátja a Központban történő szolgálatteljesítéshez szükséges helyiséget, és a távközlési használati díjak kivételével viseli a működési költségeket.

(2) A kizárolagosan az egyik Szerződő Fél által használni kívánt helyiség külön megállapodás alapján bocsátható az adott Szerződő Fél rendelkezésére.

(3) A szlovén Szerződő Fél lehetővé teszi a többi Szerződő Fél által biztosított távközlési berendezések és adatfeldolgozó eszközök üzembe helyezését és működtetését, valamint a szükséges – a helyi hálózatokkal történő – összeköttetések kiépítését.

(4) A jelen Megállapodásban meghatározott tevékenységek ellátása céljából, a szlovén Szerződő Fél feljogosítja a többi Szerződő Fél távközlési és adatfeldolgozó szakembereit az eszközök üzembe helyezése, valamint a hálózati kapcsolatok létesítése és karbantartása céljából az államának területére történő belépésre.

(5) A többi Szerződő Fél által a Központba vitt és üzembe helyezett eszközök és más ingóságok a saját tulajdonukban maradnak. A szolgálatteljesítéshez szükséges felszerelések és eszközök behozatalára vám és más költség nem kerül kivetésre.

8. cikk
A Központ működése

(1) A 3. cikkben meghatározott valamennyi hatóság kijelöl egy tiszviselőt, aki a Központ szervezési kérdéseiért, tevékenységéért és működéséért felelős. A munka elemzése, a problémák, hiányosságok és szabálytalanságok felszámolása, valamint a további munka tervezése céljából a tiszviselők havonta találkozót tartanak. minden találkozóról jegyzőkönyv készül.

(2) A Központ működésének megkezdése előtt a 3. cikkben meghatározott hatóságok működési szabályzatot fogadnak el, és megteszik a Központ működésének biztosításához szükséges egyéb intézkedéseket.

(3) A működési szabályzat jóváhagyása után az valamennyi Szerződő Félre nézve kötelező.

(4) A 3. cikkben meghatározott hatóságok képviselői évente legalább egyszer találkozót tartanak az együttműködés áttekintése és a Központ működésének értékelése céljából.

9. cikk
Más szerződésekhez való viszony

A jelen Megállapodás rendelkezései nem érintik a Szerződő Feleknek egyéb két- vagy többoldalú szerződésekben vállalt kötelezettségeit.

10. cikk
A viták rendezése

A jelen Megállapodás értelmezéséből vagy alkalmazásából eredő vitákat a jelen Megállapodás végrehajtásáért felelős miniszteriumok közötti tárgyalások útján kell rendezni. Amennyiben azok nem tudnak dönten a vitás kérdésben, a vitát diplomáciai úton kell rendezni.

11. cikk
Letéteményes

A jelen Megállapodás letéteményese a Szlovén Köztársaság Kormánya.

12. cikk
Csatlakozás

(1) A jelen Megállapodás csatlakozásra nyitva áll a Szlovén Köztársasággal szomszédos országok előtt. A csatlakozásról a Szerződő Felek egyhangúan döntenek. A csatlakozással az adott napig a jelen Megállapodás 8. cikke alapján megalkotott működési szabályzat a csatlakozó állam számára is kötelezővé válik.

(2) A csatlakozási okmányt a letéteményesnél kell letétbe helyezni, aki a csatlakozási okmány letétbe helyezéséről értesíti a többi Szerződő Felet. A csatlakozó állam vonatkozásában a jelen Megállapodás a csatlakozási okmány letétbe helyezésének napját követő 90. napon lép hatályba.

13. cikk
Záró rendelkezések

(1) A jelen Megállapodás a szükséges belső jogi eljárások lefolytatásáról szóló utolsó hivatalos értesítés, illetve az utolsó jóváhagyó vagy megerősítő okmány letétbe helyezésének napján lép hatályba. A letéteményes a hatálybalépés napjáról valamennyi Szerződő Felet értesíti.

(2) A jelen Megállapodás határozatlan időre szól. A jelen Megállapodást bármely Szerződő Fél felmondhatja a letéteményesnek címzett írásbeli értesítéssel, aki erről haladéktalanul értesíti a többi Szerződő Felet. A felmondás a felmondó Szerződő Fél vonatkozásában azt a napot követő hatodik hónap elteltével válik hatályossá, amelyen a letéteményes a felmondásról értesítette a többi Szerződő Felet.

Készült: Budapest, 2007. év november hónap 8. napján, négy eredeti példányban, német, magyar, szlovén és angol nyelven, valamennyi szöveg egyaránt hiteles. minden Szerződő Fél részére átadásra kerül egy eredeti példány. Egy eredeti példány a letéteményesnél kerül elhelyezésre. A jelen Megállapodás értelmezésével kapcsolatos eltérések esetén az angol nyelvű szöveg az irányadó.

az Osztrák Köztársaság
Kormánya nevében



a Magyar Köztársaság
Kormánya nevében



a Szlovén Köztársaság
Kormánya nevében



**SPORAZUM MED VLADO REPUBLIKE AVSTRIJE, VLADO REPUBLIKE
MADŽARSKE IN VLADO REPUBLIKE SLOVENIJE O DELOVANJU
CENTRA ZA SODELOVANJE VARNOSTNIH ORGANOV DOLGA VAS**

Vlada Republike Avstrije (v nadaljevanju avstrijska pogodbenica), Vlada Republike Madžarske (v nadaljevanju madžarska pogodbenica) in Vlada Republike Slovenije (v nadaljevanju slovenska pogodbenica),

v nadaljevanju pogodbenice, so se

zaradi spodbujanja in nadaljnega razvijanja policijskega sodelovanja med sosednjimi državami;

ob upoštevanju dvostranskih mednarodnih pogodb o policijskem sodelovanju in mednarodnih pogodb o prevzemu oseb na skupni državni meji, ki veljajo med pogodbenicami;

ob upoštevanju načel policijskega sodelovanja, ki jih izvajajo države članice Evropske unije;

ob upoštevanju zakonodaj pogodbenic

dogovorile:

**1. člen
Ustanovitev centra**

(1) Slovenska pogodbenica v Občini Lendava v Republiki Sloveniji na območju državne meje med Republiko Madžarsko in Republiko Slovenijo ustanovi Center za sodelovanje varnostnih organov (v nadaljevanju center). Center bo v prostorih Postaje mejne policije Dolga vas.

(2) Območje centra po tem dogovoru vključuje:

- a) cesto od skupne državne meje do Postaje mejne policije Dolga vas zaradi prihoda na službeno mesto;
- b) določene službene prostore v Postaji mejne policije Dolga vas in njim pripadajoče pomožne prostore;
- c) določeno službeno parkirišče.

(3) V centru delajo uslužbenci pristojnih organov Republike Avstrije, Republike Madžarske in Republike Slovenije.

(4) Center je označen v jezikih pogodbenic ter z zastavami in državnimi grbi pogodbenic.

(5) Delovni čas centra soglasno določajo pristojni organi iz 3. člena.

2. člen

Naloge

Center ima naloge spodbujati in pospeševati sodelovanje med pogodbenicami, predvsem s:

- a) spodbujanjem čezmejnega policijskega sodelovanja na podlagi dvostranskih mednarodnih pogodb o policijskem sodelovanju in veljavnih dvostranskih mednarodnih pogodb o prevzemu oseb na skupni državni meji, ki veljajo med pogodbenicami;
- b) podporo pri ohranjanju javnega reda in varnosti ter pri preprečevanju čezmejne kriminalitete in nezakonitih migracij;
- c) sodelovanjem z drugimi centri za sodelovanje varnostnih organov, ki jih ustanovijo države članice EU.

3. člen

Pristojni organi

Pristojni organi za izvajanje tega dogovora so:

- a) za Republiko Avstrijo: Ministrstvo za notranje zadeve, Generalna direkcija za javno varnost;
- b) za Republiko Madžarsko: Policija, Mejna straža, Urad za priseljevanje in državljanstvo;
- c) za Republiko Slovenijo: Ministrstvo za notranje zadeve, Policija, Uprava uniformirane policije, Sektor mejne policije.

4. člen

Področje sodelovanja

(1) Napotene uradne osebe avstrijske in madžarske pogodbenice niso upravičene za samostojno izvajanje policijskih ukrepov, temveč pošiljajo le informacije in svoje naloge opravljajo izključno na podlagi navodil pogodbenice, ki jih je napotila v center.

(2) Uradne osebe pogodbenic, ki delajo v centru, sodelujejo predvsem s podporo in svetovanjem:

- a) pri spodbujanju in krepitvi čezmejnega sodelovanja in izmenjavi informacij o čezmejnem policijskem delu;
- b) pri skupnem nastopanju proti nezakonitim migracijam in spremljajočim kaznivim dejanjem;
- c) pri usklajevanju skupnih nalog mejne kontrole in nadzora ter drugih operacij na skupni državni meji ali na posameznih obmejnih območjih, kjer sodelujejo pogodbenice;
- d) pri izmenjavi informacij o preprečevanju in zatiranju čezmejne kriminalitete;
- e) na zaprosilo pri pomoči pri reševanju težav, ki nastanejo v zvezi z izvajanjem sporazumov o prevzemu oseb;
- f) pri izmenjavi informacij v sodelovanju z drugimi centri za sodelovanje varnostnih organov, ki jih ustanovijo države članice EU;
- g) pri izmenjavi drugih informacij in opravljanju drugih nalog, ki jim jih je dala pogodbenica, ki jih je napotila.

5. člen Pravni status

(1) Uradne osebe, ki delajo v centru, sodelujejo pri opravljanju svojih dejavnosti v okviru svojih pristojnosti.

(2) Pooblaščene so, da ob upoštevanju veljavnih notranjepravnih predpisov neposredno odgovarjajo na zaprosila, ki so jim jih poslale pristojne službe druge pogodbenice, ne glede na izmenjavo informacij prek nacionalnih centralnih organov.

(3) Svoje delo opravljajo v skupnih prostorih in na zaprosila uradnih oseb druge pogodbenice odgovorijo čim prej.

(4) Pristojni organi iz 3. člena si izmenjajo sezname imen uradnih oseb, ki so napotene v center, in se obveščajo o nastalih spremembah.

6. člen Delovni jezik

Uradne osebe se sporazumevajo v nemškem, madžarskem, slovenskem ali angleškem jeziku. Njihova pravica je, da zaprosila in odgovore pošiljajo v svojem uradnem jeziku.

7. člen

Stroški

- (1) Slovenska pogodbenica brezplačno zagotovi drugim pogodbenicam potrebne prostore za opravljanje službe v centru in krije obratovalne stroške razen stroškov uporabe telekomunikacij.
- (2) Prostori, ki so namenjeni samo uporabi drugim pogodbenicam, se s posebnim dogovorom dajo v uporabo tem pogodbenicam.
- (3) Slovenska pogodbenica omogoči namestitev in delovanje telekomunikacijskih naprav ter naprav za obdelavo podatkov, ki jih zagotovijo druge pogodbenice, ter vzpostavitev potrebnih povezav, tudi z lokalnimi mrežami.
- (4) Slovenska pogodbenica zaradi izvajanja dejavnosti, opredeljenih v tem sporazumu, omogoča strokovnjakom telekomunikacijskih naprav in naprav za obdelavo podatkov drugih pogodbenic vstop na državno ozemlje zaradi namestitve naprav ter vzpostavitev in vzdrževanja omrežnih povezav.
- (5) Naprave in druge premičnine, ki jih v center prinesejo in namestijo druge pogodbenice, ostanejo v njihovi lasti. Za uvoz opreme in naprav, ki so potrebne za opravljanje službe, se ne plačujejo carinske ali druge dajatve.

8. člen

Delovanje centra

- (1) Organi iz 3. člena imenujejo vsak svojo uradno osebo, ki je odgovorna za organizacijo, dejavnost in delovanje centra. Uradne osebe se sestajajo mesečno, da analizirajo delo, odpravljajo težave, pomanjkljivosti ali nepravilnosti in se dogovarjajo o nadalnjem delu. O sestanku uradne osebe sestavijo zapisnik.
- (2) Organi iz 3. člena pred začetkom delovanja centra sprejmejo poslovnik in sprejmejo druge ukrepe za zagotavljanje delovanja centra.
- (3) Poslovnik je po potrditvi zavezujoč za vse pogodbenice.
- (4) Predstavniki pristojnih organov iz 3. člena se sestanejo najmanj enkrat letno, da pregledajo sodelovanje in ocenijo delo v centru.

9. člen

Razmerje do drugih mednarodnih pogodb

Določbe tega sporazuma ne vplivajo na obveznosti, ki so jih pogodbenice sprejele na podlagi drugih sklenjenih dvostranskih in večstranskih mednarodnih pogodb.

10. člen
Reševanje sporov

Vsi spori v zvezi z razlago ali uporabo tega sporazuma se rešujejo s pogajanj med ministrstvi, ki so odgovorna za izvajanje tega sporazuma. Če ne morejo doseči soglasja, se spor rešuje po diplomatski poti.

11. člen
Depozitar

Depozitar tega sporazuma je Vlada Republike Slovenije.

12. člen
Pristop

(1) Ta sporazum je na voljo za pristop sosednjim državam Republike Slovenije. Pogodbenice soglasno sprejmejo odločitev o pristopu. S pristopom postane za pristopnico zavezujoč poslovnik, ki je bil do tistega dne sprejet na podlagi 8. člena tega sporazuma.

(2) Listina o pristopu se deponira pri depozitarju, ki o tem obvesti druge pogodbenice. Za državo pristopnico začne ta dogovor veljati 90 dni po deponiraju njene listine o pristopu.

13. člen
Končne določbe

(1) Ta sporazum začne veljati z dnem prejema zadnjega uradnega obvestila o izpolnjenih notranjepravnih pogoijih ali z dnem deponiranja zadnje listine o odobritvi ali ratifikaciji. Depozitar vse pogodbenice uradno obvesti o datumu začetka veljavnosti.

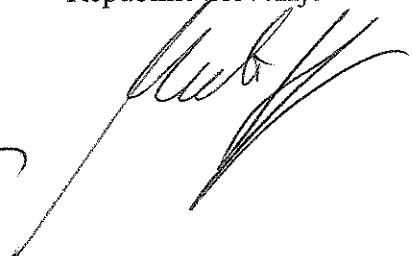
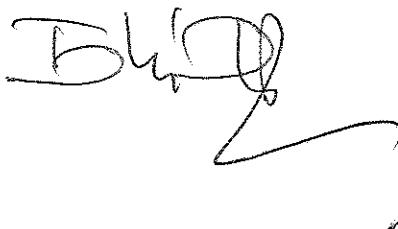
(2) Ta sporazum se sklene za nedoločen čas. Vsaka pogodbenica ga lahko odpove s pisnim uradnim obvestilom depozitarju, ki o tem takoj uradno obvesti druge pogodbenice. Za pogodbenico, ki ga odpove, začne odpoved veljati šest mesecev od dne, ko depozitar uradno obvesti druge pogodbenice o odpovedi.

Sestavljen vBRUSLJU..... dne ..8.11.2007 v štirih izvirnikih v nemškem, madžarskem, slovenskem in angleškem jeziku, pri čemer so vsa besedila enako verodostojna. Vsaka pogodbenica prejme en izvod izvirnika. En izvirnik se shrani pri depozitarju. Ob razlikah v razlagi tega sporazuma prevlada angleško besedilo.

Za Vlado
Republike Avstrije

Za Vlado
Republike Madžarske

Za Vlado
Republike Slovenije



AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA, THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF HUNGARY AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF SLOVENIA ON THE OPERATION OF THE CENTRE FOR LAW ENFORCEMENT COOPERATION IN DOLGA VAS

The Government of the Republic of Austria (hereinafter referred to as the Austrian Contracting Party), the Government of the Republic of Hungary (hereinafter referred to as the Hungarian Contracting Party) and the Government of the Republic of Slovenia (hereinafter referred to as the Slovenian Contracting Party),

hereinafter referred to as the Contracting Parties,

aiming to promote and further develop police cooperation between the neighbouring countries;

having regard to bilateral police cooperation treaties and treaties on readmission of persons on the common state border in force between the Contracting Parties;

having regard to the principles of police cooperation applied by the European Union Member States;

having regard to the legislation of the Contracting Parties;

have agreed as follows:

**Article 1
Establishment of the Centre**

(1) The Slovenian Contracting Party shall establish a Centre for Law Enforcement Cooperation (hereinafter referred to as the Centre), which shall be located in the Republic of Slovenia, municipality of Lendava, in the area of the state border between the Republic of Hungary and the Republic of Slovenia. The Centre shall be located in the premises of the Border Police Station Dolga vas.

(2) Under this Agreement, the area of the Centre shall comprise:

- a) road extending from the common state border to the Border Police Station Dolga vas, for the purpose of arrival at place of work;
- b) specified work premises in the Border Police Station Dolga vas and the appurtenant auxiliary premises;
- c) specified official parking space.

(3) Work at the Centre shall be performed by officers of the competent authorities of the Republic of Austria, the Republic of Hungary and the Republic of Slovenia.

(4) The Centre shall be indicated in the languages of the Contracting Parties and shall be marked with the flags and the national coat-of-arms of the Contracting Parties.

(5) Service hours of the Centre shall be unanimously determined by the competent authorities referred to in Article 3.

Article 2 **Tasks**

The Centre's tasks shall be to promote and advance cooperation between the Contracting Parties, particularly through:

- a) promoting cross border police cooperation based on bilateral police cooperation treaties and bilateral treaties on readmission of persons on the common state border in force between the Contracting Parties;
- b) supporting the maintenance of public order and security and the prevention of cross border crime and illegal migration;
- c) cooperating with other centres for law enforcement cooperation established between the EU Member States.

Article 3 **Competent Authorities**

The competent authorities to implement this Agreement shall be:

- a) for the Republic of Austria: Ministry of the Interior, General Directorate for Public Security;
- b) for the Republic of Hungary: the Police, the Border Guards, the Office of Immigration and Nationality;
- c) for the Republic of Slovenia: Ministry of the Interior, the Police, Uniformed Police Directorate, Border Police Section.

Article 4 **Scope of cooperation**

(1) The seconded officials of the Austrian and Hungarian Contracting Parties shall not be competent to take independent police action, but shall merely supply information and perform their duties exclusively based on the instructions given to them by the seconding Contracting Party.

(2) The officers of the Contracting Parties working at the Centre shall cooperate primarily by giving support and advice:

- a) in promoting and strengthening cross border cooperation and information exchange in the field of cross border policing;
- b) in joint action against illegal migration and accompanying crimes;
- c) in coordinating joint tasks of border checks and control as well as other operations at the common state border or in individual border areas involving the cooperation of the Contracting Parties;
- d) in exchanging information on the prevention and repression of cross border crime;
- e) upon request, in assisting each other in solving issues arising from the implementation of readmission agreements;
- f) in exchanging information in cooperating with other centres for law enforcement cooperation established between the EU Member States;
- g) in exchanging other information and performing other tasks assigned by the seconding Contracting Party.

Article 5 **Legal status**

(1) The officers working at the Centre shall cooperate in the performance of their activities within the scope of their competences.

(2) They shall be authorised to directly respond, in compliance with their national regulations in force, to requests forwarded by the competent authorities of another Contracting Party notwithstanding the information exchange via the national central authorities.

(3) They shall perform their work at common premises and respond to requests by officers of another Contracting Party as soon as possible.

(4) The competent authorities referred to in Article 3 shall exchange lists of names of officers seconded to the Centre and keep each other informed of any changes.

Article 6 **Working language**

The officers shall mutually communicate in the German, Hungarian, Slovenian or English languages. They shall have the right to forward requests and responses in their own language.

Article 7

Costs

- (1) The Slovenian Contracting Party shall provide, free of charge, other Contracting Parties with the necessary premises to perform the work at the Centre, and cover the operating costs, with the exception of costs of the use of telecommunications.
- (2) The premises intended solely for use by other Contracting Parties shall be assigned for use to those Contracting Parties with a special arrangement.
- (3) The Slovenian Contracting Party shall facilitate the installation and operation of telecommunication devices and data processing devices provided by other Contracting Parties as well as the establishment of the necessary connections, also with local networks.
- (4) For the purpose of performing the activities set forth in this Agreement, the Slovenian Contracting Party shall enable telecommunication and data processing experts of other Contracting parties to enter its state territory in order to install devices and establish and maintain network connections.
- (5) Devices and other movables brought to and installed at the Centre by other Contracting Parties shall remain their property. No customs duty or other charges shall be levied on the importation of equipment and devices necessary to perform the work.

Article 8

Operation of the Centre

- (1) Each of the authorities referred to in Article 3 shall designate an officer responsible for the organisation, activities and operation of the Centre. The officers shall meet on a monthly basis in order to analyse the work, eliminate problems, deficiencies or irregularities and agree on further work. Minutes shall be drawn up of each meeting.
- (2) Prior to the start of the Centre's operation, the authorities referred to in Article 3 shall adopt the rules of procedure and any other measures with a view to ensuring the Centre's operation.
- (3) After the rules of procedure have been confirmed, they shall become binding on all the Contracting Parties.
- (4) The representatives of the competent authorities referred to in Article 3 shall meet at least once annually in order to review the cooperation and evaluate the Centre's work.

Article 9

Relation to other treaties

The provisions of this Agreement shall not affect the obligations undertaken by the Contracting Parties based on other bilateral or multilateral treaties.

Article 10
Settlement of disputes

Any dispute related to the interpretation or application of this Agreement shall be settled through negotiations among the Ministries responsible for the implementation of this Agreement. If they are unable to decide the disputed issue, the dispute shall be resolved through diplomatic channels.

Article 11
Depositary

The Government of the Republic of Slovenia shall be the Depositary of this Agreement.

Article 12
Accession

(1) This Agreement shall be open for accession by neighbouring countries of the Republic of Slovenia. The decision on accession shall be taken unanimously by the Contracting Parties. With the accession, the rules of procedure adopted until that date based on Article 8 of this Agreement shall become binding on the acceding state.

(2) The instrument of accession shall be deposited with the Depositary, which shall notify the other Contracting Parties of the deposit of the instrument of accession. For the Acceding State, this Agreement shall enter into force 90 days after the date of the deposit of its instrument of accession.

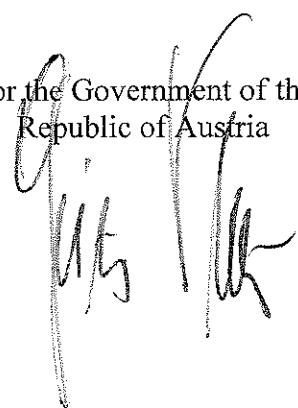
Article 13
Final provisions

This Agreement shall enter into force on the date of the deposit of the last formal notice on the fulfillment of all internal legal procedures or the last instrument of approval or ratification. Depositary shall notify all Contracting Parties of the date of its entry into force.

(2) This Agreement shall be concluded for an indefinite period of time. Each Contracting Party may denounce this Agreement by written notification to the Depositary, which shall immediately notify other Contracting Parties. The denunciation shall take effect, in respect of the denouncing Contracting Party, 6 months after the date on which the Depositary has notified the other Contracting Parties of the denunciation.

Done atBrussels..... on 3 November 2001 in four original copies, each in the German, Hungarian, Slovenian and English languages, all texts being equally authentic. Each Contracting Party shall receive one original copy. One original copy shall be deposited with the Depositary. In case of differences in the interpretation of the Agreement, the English version shall prevail.

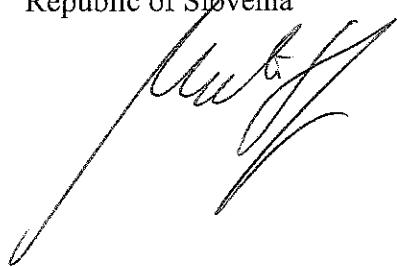
For the Government of the
Republic of Austria



For the Government of the
Republic of Hungary



For the Government of the
Republic of Slovenia



I hereby certify that this is a true copy of the Agreement between the Government of the Republic of Austria, the Government of the Republic of Hungary and the Government of the Republic of Slovenia on the Operation of the Centre for Law Enforcement Cooperation in Dolga vas, done at Brussels, on 8 November 2007, the original of which is deposited in the archives of the Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Slovenia.



Mihael Zupančič

Head of International Law Department
Ministry of Foreign Affairs
of the Republic of Slovenia



Ljubljana, 22. 10. 2013